

## Wolfgang Schüssel, Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft

**Legende:** Vor dem ersten Vorsitz Österreichs im Rat der Europäischen Union unterstreicht der österreichische Vizekanzler und Außenminister Wolfgang Schüssel die großen Herausforderungen seines Vorsitzes: die Einführung der gemeinsamen Währung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der inneren Sicherheit, der Umweltschutz und die Erweiterung der Europäischen Union.

**Quelle:** Europäische Rundschau. 1998, n° 2/1998. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Europa Verlag GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/wolfgang\\_schussel\\_schwerpunkte\\_der\\_osterreichischen\\_prasidentschaft-de-904ad385-1acc-4e40-bed5-ad13b6f7913b.html](http://www.cvce.eu/obj/wolfgang_schussel_schwerpunkte_der_osterreichischen_prasidentschaft-de-904ad385-1acc-4e40-bed5-ad13b6f7913b.html)

**Publication date:** 25/10/2012

## Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft

### Vizekanzler Wolfgang Schüssel

Am 1. Juli 1998 wird Österreich zum ersten Mal die EU-Präsidentschaft übernehmen. Dieses Ereignis hat bereits eine Fülle von Assoziationen ausgelöst. Der Europäische Rat von Wien im Dezember 1998 wurde mit dem Wiener Kongreß verglichen, die Vorsitzfunktion Österreichs mit der Rolle Metternichs als »Kutscher Europas«, von Österreich als neuem »alten« Zentrum der europäischen Politik war die Rede.

Abseits von Klischees und falscher Nostalgie steckt in diesen Vergleichen ein wahrer Kern. Schon die Teilnahme an allen Foren der Union erschloß unserem Land völlig neue Möglichkeiten, die europäische Zukunft mitzugestalten. Jedem in der Außenpolitik Tätigen ist das in den letzten Jahren stark gestiegene Interesse unserer Partner in Europa, aber auch von außereuropäischen Staaten an den Positionen und Vorstellungen Österreichs bewußt. In der Ausübung der Präsidentschaft kommt der neue Stellenwert unseres Landes in der europäischen Politik besonders deutlich zum Ausdruck. Denn der Präsidentschaft kommt eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der europäischen Politik zu.

Als Präsidentschaft wird Österreich der Manager der EU-Agenda sein. Als Vorsitz im Europäischen Rat, bei rund 50 Ministertreffen sowie in 1300 bis 1500 Sitzungen auf Beamtenebene wird Österreich für den Fortschritt der Arbeit der Union verantwortlich sein. Österreich wird ein Arbeitsprogramm vorlegen, durch Vermittlung und Kompromißsuche Entscheidungen vorbereiten und durch die Setzung von Schwerpunkten auch die Geleise für die zukünftige Arbeit der Union legen.

Die Präsidentschaft ist auch der wichtigste Ansprechpartner für Drittstaaten. Bei ihr liegt die Hauptverantwortung für die Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und für das Krisenmanagement. Für sechs Monate wird Österreich das Gesicht und die Stimme Europas darstellen.

Die Rolle des EU-Vorsitzes ist gerade in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Die Union ist größer und heterogener, ihre Aktivitäten sind komplexer geworden. Die Handlungsfähigkeit der Union hängt daher zu einem großen Teil vom Geschick der jeweiligen Präsidentschaft ab.

Das wichtigste Kriterium für den Erfolg einer Präsidentschaft ist ihre Unabhängigkeit. Wer als Vorsitz primär nationale Interessen und Anliegen voranbringen will, wird zwangsläufig scheitern. Nur ein »ehrlicher Makler«, der glaubwürdig im europäischen Interesse handelt, kann das für eine erfolgreiche Vermittlung erforderliche Vertrauen aller Mitgliedstaaten gewinnen. Gerade in Österreich, wo von manchen die Meinung vertreten wird, man könnte in diesen sechs Monaten die europäische Fahne rot-weiß-rot einfärben, kann man diesen Punkt nicht deutlich genug betonen. Die Präsidentschaft kann und muß eigenständige Vorstellungen entwickeln und Akzente setzen. Aber sie muß sich in jeder Phase der Arbeit am Interesse der gesamten Union orientieren.

Die Themen jeder Präsidentschaft sind zu einem Großteil vorgegeben. In den zahlreichen Verhandlungsgremien wird an hunderten Dossiers völlig unterschiedlicher Bedeutung gearbeitet. Das Arbeitsprogramm wird nicht alle sechs Monate völlig neu erfunden, sondern weitergeschrieben, wobei allerdings Schwerpunkte gesetzt und neue Ideen eingebracht werden können.

Um die Kontinuität der EU-Arbeit zu sichern, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Präsidentschaften notwendig. Österreich hat schon früh begonnen, seine Planungen mit Großbritannien, das die vorhergehende, und Deutschland, das die nachfolgende Präsidentschaft innehat, abzustimmen. Intensive Kontaktnahmen auf allen Ebenen sollen einen möglichst reibungslosen Übergang des Vorsitzes gewährleisten. Dabei ist ein hohes Maß an Konvergenz in den Themenbereichen erzielt worden, welche die Union im kommenden Jahr beschäftigen werden.

Die österreichische Präsidentschaft fällt in eine besonders sensible und wichtige Phase der europäischen Integration. Fünf große europäische Herausforderungen, nämlich

- die Einführung der gemeinsamen Währung,
- die Schaffung von Beschäftigung,
- die Erhöhung der inneren Sicherheit,
- der Umweltschutz
- sowie die Erweiterung samt den damit verbundenen Reformerfordernissen

dürften die wichtigsten Arbeitsgebiete der österreichischen Präsidentschaft darstellen.

Neben diesen zentralen Aufgaben gilt es, die breite Palette von kleineren Projekten in den verschiedenen Arbeitsstrukturen der Union voranzubringen. Dazu wird das aktuelle Tagesgeschehen immer wieder die Präsidentschaft in Anspruch nehmen. So mußte sich etwa die britische Präsidentschaft schon in den ersten Wochen mit der Situation in Algerien und der Landung von kurdischen Flüchtlingen in Italien mit zwei heiklen Problemen auseinandersetzen. Gerade auf dem Gebiet der Außenbeziehungen muß die Präsidentschaft die Fähigkeit haben, rasch, flexibel und kreativ auf neue Entwicklungen zu reagieren.

## **Euro**

Die Wirtschafts- und Währungsunion markiert einen Quantensprung im Prozeß der Europäischen Einigung: Politisch, weil sie den Zusammenhalt der daran teilnehmenden Staaten festigt und absichert; wirtschaftlich, weil sie Europa in die Lage versetzt, die Herausforderung der Globalisierung anzunehmen und erfolgreich zu bestehen.

Der Countdown zum 1.1.1999, zur Einführung des Euro, wird aller Voraussicht nach im Zentrum der österreichischen Präsidentschaft stehen. Wichtige Weichenstellungen, insbesondere die Festlegung des Teilnehmerkreises der 3. Stufe, die Festlegung der bilateralen Wechselkurse und die Klärung der Leitung der Europäischen Zentralbank, erfolgten bereits im Frühjahr 1998 unter dem Vorsitz Großbritanniens.

Österreich wird die heikle Endphase der Vorbereitungen zu leiten haben. Neben einer Reihe von institutionellen Beschlüssen fällt in diese Periode der Einstieg in die gemeinsame Geldpolitik sowie der Beginn der verstärkten wirtschaftspolitischen Koordination zwischen den Teilnehmern der Euro-Zone. Als Fixstarter für die dritte Stufe und als ein Land, das die Zielsetzungen der Währungsunion von Anfang an unterstützt hat, ist Österreich in einer guten Position, um einen wichtigen Beitrag zum Zustandekommen eines starken und stabilen Euro zu leisten.

## **Beschäftigung**

Mehr als 18 Millionen EU-Bürger sind ohne Arbeit. Fünf Millionen von ihnen sind unter 25 Jahre alt. In dieser Situation bleibt die Schaffung von Beschäftigung die oberste Priorität in Europa. Viel muß geschehen, um das Leid und die Not, die hinter diesen Zahlen stehen, zu mildern. Der Vertrag von Amsterdam und der Beschäftigungsgipfel in Luxemburg haben der Union das Instrumentarium und ein strategisches Konzept gegeben, um einen wirksamen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels zu leisten. Dessen rasche und umfassende Umsetzung sind für die österreichische Präsidentschaft von großer Dringlichkeit.

Schlüsselbegriffe sind dabei »flexibility« und »ability«. Wenn Europa als Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb gestärkt werden soll, müssen Unternehmen in der Lage sein, sich einem raschen Wandlungen unterworfenen Markt anzupassen. Das heißt, sie müssen von überflüssiger Regulierung frei sein. Das bedeutet keineswegs die Abschaffung von Arbeitnehmerrechten. Soziale Absicherung ist ein unverzichtbares Element des europäischen Weges. Sie muß aber in Zukunft mit höherer Flexibilität der Arbeitsmärkte verbunden sein.

Zusätzlich ist auch die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit (»ability«) besonders wichtig. Wenn Arbeitnehmer Vertrauen auf ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Weiterbildung haben, so wird es ihnen auch leichter fallen, sich auf einen rascheren Wandel in der Wirtschaft einzustellen. Bildung ist daher eine der schärfsten Waffen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Österreich wird während seiner Präsidentschaft die vom Beschäftigungsgipfel in Luxemburg vereinbarten Ziele weiterverfolgen. Die beim Europäischen Gipfel von Wien fällige erste Bilanzziehung soll mit neuen Impulsen zur Stärkung von Beschäftigungsfähigkeit, Flexibilität, Unternehmergeist und Chancengleichheit verbunden werden.

Das Funktionieren des Binnenmarkts ist eine wesentliche Bedingung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und damit auch für die Schaffung von Beschäftigung. Daher wird der Umsetzung des Aktionsplans zur Vollendung des Binnenmarkts von der österreichischen Präsidentschaft hohe Priorität eingeräumt werden.

### **Innere Sicherheit**

Eine weitere Sorge, die den europäischen Bürgern auf der Haut brennt, ist die innere Sicherheit. Der hochentwickelten Kooperation des internationalen Verbrechens muß endlich ein effektives Zusammenwirken der europäischen Polizei- und Justizbehörden entgegengestellt werden. Die Union muß wirksame und glaubhafte Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß der Abbau der Binnengrenzen nicht gleichzeitig auch mit einem Abbau von Sicherheit verbunden ist.

Die österreichische Präsidentschaft wird daher der Umsetzung des Aktionsplans gegen organisierte Kriminalität besonderes Augenmerk schenken und sich für ein operationelles Tätigwerden von Europol einsetzen. Auch die Eindämmung der illegalen Einwanderung und insbesondere die Bekämpfung des Schlepperunwesens werden Schwerpunktthemen der Präsidentschaft darstellen. Schließlich wird Österreich während seiner Präsidentschaft dafür Sorge tragen, daß die neuen Instrumente des Amsterdamer Vertrages im Bereich der inneren Sicherheit rasch eingesetzt werden können.

### **Umweltschutz**

Der dauerhafte Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stellt ein weiteres dringendes Anliegen der Bürger und damit auch eine weitere Priorität der österreichischen Präsidentschaft dar. Eine aktive Umweltpolitik ist unumgänglich, will man die hohe Lebensqualität, welche die Bürger der EU genießen, auf Dauer sichern. Österreich wird sich während seiner Präsidentschaft sowohl für möglichst hohe Umweltstandards in der Union als auch für eine aktive Führungsrolle der Union in den internationalen Verhandlungen über globale Umweltprobleme einsetzen. Das ökologische Bewußtsein der Union muß gestärkt werden, damit der Themenbereich »Umwelt« als horizontales, alle Bereiche berührendes Thema begriffen und in den Gremien der EU stärker berücksichtigt wird. Dieses Vorhaben soll auch mit konkreten Projekten untermauert werden. Dazu gehört vor allem, für Schadstoff arme Luft zu sorgen, die Bodenqualität zu erhöhen und knappe Ressourcen wie Wasser gerecht zu verteilen.

### **Erweiterung - Agenda 2000**

Neben dem Euro ist die Erweiterung das zweite »Jahrhundertprojekt«, mit dem sich die österreichische Präsidentschaft befassen wird. Von der Bewältigung dieser Herausforderung wird nicht nur das Schicksal der Union im kommenden Jahrhundert entscheidend geprägt sein, sondern vor allem auch das Schicksal Österreichs. Denn Österreich ist von der Erweiterung mehr betroffen als irgendein anderes Mitgliedsland.

Österreich hat mehr als ein Drittel aller Außengrenzen der EU zu den Beitrittsstaaten und ist das einzige Land der Union, das an vier Kandidaten angrenzt. Kein anderes Land wird von den Chancen, die die Erweiterung bietet, so profitieren. Kein anderes Land wird aber auch von den potentiellen Problemen der Übergangsphase in gleichem Maße betroffen sein.

An unserem strategischen Interesse am Beitritt unserer Nachbarstaaten kann kein Zweifel bestehen. Es kann nicht im österreichischen Interesse liegen, auf Dauer ein Randstaat an der »Wohlstandsgrenze« Europas zu bleiben. Wenn die Erweiterung gelingt, kann Österreich in einigen Jahren zur Drehscheibe der dynamischsten Region Europas werden. Wir haben uns oft als Herz Europas präsentiert; genau diese Lage werden wir aber nur voll nutzen können, wenn auch unsere Nachbarn Partner in der Union geworden sind.

Bereits aufgrund der Ostöffnung hat Österreichs Wirtschaft insgesamt erheblich profitiert. Bis dato haben wir eindeutige Nettogewinne zu verbuchen gehabt. Diese haben sich - gemäß einer Analyse des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes - in bis zu 60.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, höherem Wirtschaftswachstum und einer Verdoppelung des Handels mit unseren Nachbarn als auch der Investitionen in die mittel- und osteuropäischen Länder zu Buche geschlagen. Durch einen Beitritt dieser Staaten zur EU könnten die wirtschaftlichen Vorteile weiter ansteigen. Gerade die österreichischen Unternehmen sind aufgrund ihrer Vertrautheit mit den Märkten der Nachbarländer besser positioniert als viele andere, um die neuen Chancen zu nutzen.

Ein für Österreich zentrales politisches Argument für die Erweiterung ist der Gewinn an Sicherheit und Stabilität. Längerfristig wird es entweder der EU gelingen, Sicherheit in den Osten zu exportieren oder sie wird zunehmend Unsicherheit aus dem Osten importieren. Gerade für ein so exponiertes Land wie Österreich steht viel auf dem Spiel.

Darüber hinaus stellt die Erweiterung aber auch die Chance zur nachhaltigen Verbesserung der Situation im Umwelt- und Energiebereich und der Erreichung eines hohen Niveaus an nuklearer Sicherheit in der Region dar. Eine rasche und vollständige Übernahme des EU-Rechts im Umweltbereich ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die bilateralen Freihandelszonen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, die 2002 in Kraft treten, sonst erhebliche Wettbewerbsverzerrungen mit sich bringen könnten. Gleiches gilt für die rasche Annäherung unserer Nachbarn an unsere hohen Sozialstandards.

Auch die mit der Erweiterung verbundenen Probleme und Risiken dürfen nicht unterschätzt werden. Die Sorgen, die viele Menschen mit der Erweiterung verbinden, müssen ernst genommen werden. Aufgrund des enormen Unterschieds im Einkommensniveau - die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Österreich und den östlichen Nachbarstaaten belaufen sich auf bis zu 9:1 - könnten sich aus einer schlecht vorbereiteten Erweiterung vor allem für Regionen in Grenznähe, für besonders exponierte Wirtschaftszweige und die dort arbeitenden Menschen große Schwierigkeiten ergeben.

Aber auch für unsere Nachbarn könnten bei einem fehlerhaften Management ihrer Einbeziehung in die Union enorme Probleme entstehen. Deshalb ist es so entscheidend, daß die Erweiterung richtig gemacht wird:

- Durch rechtzeitige Reformen in den Nachbarstaaten muß die wirksame Einhaltung der EU-Standards gewährleistet werden. Dies gilt nicht nur für die Fähigkeit zur Umsetzung des EU-Rechts, sondern auch für die institutionellen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen, gerade auch in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und im wirksamen Schutz der Außengrenzen.

Diese Reformen werden nur gelingen, wenn sie durch die EU wirksam unterstützt werden. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die in den Vorschlägen der Agenda 2000 vorgesehene Hilfe für die Kandidatenstaaten das Ausmaß der zwischen 1948 und 1951 geleisteten Marshall-Plan-Unterstützung übersteigt. (Die Marshall-Plan-Hilfe entsprach 2,4% des BSP der begünstigten Staaten, jene der EU 2,7%.)

- Weiters muß die Union selbst erst durch Reformen der Agrar- und Strukturpolitik, durch ein neues Finanzpaket und durch die notwendigen institutionellen Anpassungen erweiterungsfähig gemacht werden.
- Durch intelligente Übergangsmaßnahmen muß eine schrittweise, für beide Seiten bewältigbare Einbeziehung in sensible Bereiche der Integration (u. a. Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, Landwirtschaft) sichergestellt werden.
- Schließlich sind flankierende Maßnahmen zur Erleichterung der notwendigen Strukturanpassung in den heutigen Mitgliedstaaten erforderlich. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die österreichischen Vorschläge für die Unterstützung der Grenzregionen im Rahmen der neuen Strukturpolitik erinnern.

Österreich wird als Vorsitzender den Entscheidungsprozeß in einer relativ frühen Phase zu leiten haben. Wir nehmen an, daß die ersten substantiellen Verhandlungsrunden in die österreichische Präsidentschaft fallen, und daß der Europäische Rat von Wien im Dezember 1998 eine erste Zwischenbilanz über diesen Prozeß ziehen wird. Wir werden unser Bestes tun, um einen guten Einstieg in die Verhandlungen zu gewährleisten.

Auch wenn die wichtigen Entscheidungen erst später fällig werden, so müssen doch die Geleise von Anfang an so gelegt werden, daß der Zug sicher sein Ziel erreichen kann.

Die Kommission hat im Juli 1997 unter dem Schlagwort »Agenda 2000« ein umfassendes Konzept für Reformen präsentiert. Besondere Bedeutung kommt dabei den Vorschlägen für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, für die Neuordnung der Strukturpolitik und für die zukünftige Finanzierung der Union zu.

Österreich hat sich grundsätzlich positiv zum Reformansatz geäußert, auch wenn wir in verschiedenen Bereichen noch erheblichen Klärungs- und Anpassungsbedarf sehen. Wir haben insbesondere die Meinung vertreten, daß die erforderlichen Reformschritte noch vor den ersten Beitritten abgeschlossen werden sollten.

Nach den Vorarbeiten unter luxemburgischem und britischem Vorsitz dürften die Verhandlungen über die Reformvorschläge während der österreichischen Präsidentschaft in ihr Entscheidungsstadium eintreten. Wir sehen es als eine der größten Herausforderungen unseres Vorsitzes, diese wichtigen Weichenstellungen für den zukünftigen Kurs der Union bestmöglich vorzubereiten. Zumindest sollten wesentliche Eckpunkte der Reform bis zum Europäischen Rat von Wien fixiert werden.

### **Die Menschenrechte**

Dies werden die Hauptbereiche der österreichischen Arbeit als Präsidentschaft sein. Im Laufe des zweiten Halbjahres werden aber noch viele andere Themen Österreichs Einsatz fordern. Auch bei der Behandlung dieser Themen möchte Österreich als Präsidentschaft den Entscheidungsprozeß im Rat aktiv und professionell vorbereiten und dadurch beschleunigen und erleichtern.

Ein besonderes Anliegen sind Österreich dabei die Menschenrechte. Das nächste Jahr wird von zwei Jubiläen in diesem Bereich geprägt sein: einerseits der 50. Jahrestag der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, andererseits das Fünf-Jahres-Jubiläum der Wiener Menschenrechtskonferenz. Österreich wird sich innerhalb der Union und als Vertreter der Union Dritten gegenüber insbesondere für international möglichst effektive universelle Menschenrechtsstandards einsetzen.

Österreich wird ebenfalls darauf zu achten haben, daß die Umsetzung des Vertrages von Amsterdam ausreichend vorbereitet wird. Österreichs Präsidentschaft wird noch aufgrund des Vertrages von Maastricht erfolgen. Mit einem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam ist nicht vor 1999 zu rechnen. Eine gewissenhafte Vorbereitung der neuen Instrumente, vor allem im Bereich der GASP und der inneren Sicherheit, soll jedoch einen reibungslosen Übergang zur neuen Vertragsgrundlage der Union ermöglichen.

### **Regionale Problemfelder**

Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist schwer abzuschätzen, welche internationalen Entwicklungen die Arbeit in diesem Bereich bestimmen werden. Gewisse Schwerpunkte lassen sich jedoch anhand der derzeit dominanten Krisen und Problemfelder der internationalen Politik erwarten:

So ist davon auszugehen, daß der Region des ehemaligen Jugoslawien weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen muß. Österreich wird konsequent auf eine dauerhafte Umsetzung des Dayton-Friedensvertrags hinarbeiten. Gleichzeitig werden die Entwicklungen in den Nachfolgestaaten genau beobachtet, um eine möglichst rasche Integration dieser Länder in die internationale Gemeinschaft zu gewährleisten.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der EU wird eine politische Lösung der Zypern-Frage sein sowie eine Annäherung der gegensätzlichen Positionen der Bevölkerungsgruppen der Insel. Da Zypern ein Beitrittskandidat ist, erhält der Konflikt um die geteilte Insel eine weitere Dimension. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die zusätzliche Dynamik dieser Entwicklung konstruktiv im Sinne einer Konfliktlösung genutzt werden kann. Auch die verstärkte Einbindung der Türkei in die europäische

Integration ist ein wichtiges Anliegen der österreichischen Präsidentschaft.

Ebenso wird der Nahost-Friedensprozeß seine vorrangige Stellung in der Außenpolitik der EU beibehalten. Die zuletzt gestärkte Rolle der Union wird dazu genutzt werden, die Verhandlungen zwischen Israel, den Palästinensern, Syrien und dem Libanon zu unterstützen. Zudem soll dazu beigetragen werden, den gegenwärtig ins Stocken geratenen Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen.

Dies sind in groben Zügen die Schwerpunkte, mit denen sich die österreichische Präsidentschaft in einer der sensibelsten Phasen der europäischen Integration befassen wird. Genaue Angaben über die Agenden, die Österreich übernehmen wird, sind nicht möglich, da dies derzeit nur bedingt absehbar ist. Der Stand der überreichten Dossiers hängt nämlich größtenteils von den Entwicklungen während der britischen Präsidentschaft ab. Erst gegen Ende der britischen Präsidentschaft wird man genau sagen können, welche Dossiers Österreich übernehmen wird und in welcher Entscheidungsphase sich diese befinden werden. Zu diesem Zeitpunkt wird auch das österreichische Präsidentschaftsprogramm der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Sechs Monate sind keine lange Zeit. Vor allem im Bereich der großen horizontalen Themen ist ein halbes Jahr oft nicht lang genug, um Entscheidungen herbeizuführen. Keine Präsidentschaft kann den Anspruch stellen, alle Probleme zu lösen. In vielen Fällen wird es darum gehen, gut vorbereitete Dossiers an den nächsten EU-Ratsvorsitzenden zu übergeben. Diese Kontinuität der Agenden unterstreicht abermals die grundlegende Bedeutung der Koordination der Präsidentschaften untereinander. Nur eine Zusammenarbeit der Präsidentschaften kann einen stetigen Fortschritt und einen nahtlosen Übergang garantieren. Außerdem stellt die Kooperation sicher, daß Projekte, die unter der eigenen Präsidentschaft in Angriff genommen wurden, vom Nachfolger auch zügig weitergeführt werden.

Von den drei neuen EU-Mitgliedstaaten ist Österreich das erste, das die Vorsitzrolle übernehmen wird. Der Vorsitz ist gewissermaßen die Feuertaufe der österreichischen EU-Mitgliedschaft. Es liegt auf der Hand, daß die erste Präsidentschaft für den Stellenwert und das Profil eines Mitgliedslandes bedeutender ist als etwa die zehnte Präsidentschaft für Luxemburg.

In einer besonders sensiblen Phase ihrer Entwicklung erwartet sich die Europäische Union von Österreich ein hohes Maß an Engagement, Augenmaß und Problemlösungskapazität. Wir werden unser Bestes geben, um diesen Erwartungen zu entsprechen.